



Donnerstag, 09. März 2023, 16:00 Uhr
~11 Minuten Lesezeit

Die vergiftete Solidarität

Der menschliche Reflex, mit Notleidenden solidarisch zu sein, wird von Politik und Medien systematisch instrumentalisiert und letztlich pervertiert.

von Björn Lerch
Foto: Wachiwit/Shutterstock.com

Seit Beginn des Ukraine-Konflikts gab es in der deutschen Öffentlichkeit eine große Bandbreite an

Solidaritätsbekundungen. Diese wurden sowohl von Politikern aller Richtungen proklamiert als auch von verschiedenen Organisationen und „normalen“ Bürgern. Dieses geschah im Großen, sodass auch die Presse darüber berichtete, aber auch im Kleinen, wenn normale Bürger ihre Haltung sowohl in ihrem sozialen Umfeld und in der Welt der sozialen Medien zum Ausdruck brachten. Die Solidarität mit den Opfern des Krieges ist eine zutiefst menschliche Reaktionsweise. Allerdings ist zu beobachten, dass jene menschliche Regung alsbald großflächig eine toxische Gestalt annahm. Solidarität mit den Opfern eines Kriegsszenarios würde naheliegenderweise zu der Forderung führen, dieses Szenario selbst und das hierdurch verursachte Leid zu beenden. Wer sich jedoch aktiv für Friedensbemühungen im Sinne eines Verhandlungsfriedens einsetzte, musste vielfach erfahren, wie schnell er Opfer von Angriffen wurde. Dieses zeigt sich sowohl auf der großen medialen Bühne als auch auf der kleinen Bühne der Social-Media-Welt. Festzustellen ist insoweit eine bemerkenswerte Dissonanz zwischen dem Einsatz für die Opfer des Krieges und dem erlebbaren Diskursgeschehen, in dem augenscheinlich ein kontaminierter Solidaritätsbegriff vorherrscht. Dieser führt auch zu der Frage: Wem soll die Solidarität eigentlich gelten?

Wie alles mit Solidarität begann — und was aus dieser wurde

Unmittelbar mit dem Eintritt des Ukrainekrieges war in der deutschen Öffentlichkeit eine Welle von Solidaritätsbekundungen zu verzeichnen. Diese manifestierten sich einerseits in den Aussagen deutscher Politiker aber auch in verschiedenen Bekundungen von Bürgern und Organisationen. Fleißig wurden Erklärungen abgegeben und durch die Presse aber auch in sozialen Medien verbreitet. Solidaritäts-Appelle wurden als Nachrichten oder Memes verschickt und vielfach die ukrainische Flagge auf dem eigenen Social-Media-Account gehisst.

Analog erfolgten entsprechende Verurteilungen des russischen Vorgehens. Viele dieser Beiträge waren – insbesondere in der Welt der sozialen Medien – nicht allein von bloßer Kritik getragen. Der Begriff einer wütenden Empörung wäre hier an vielen Stellen zutreffend – vielfach reichte dieser jedoch nicht einmal aus, um den Charakter diverser Beiträge zu beschreiben. Kennzeichnend war an manchen Stellen ein regelrechter Hass, welcher sich einerseits gegen die russische Föderation richtete, vor allem aber gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Hierbei konnte man zunächst den Eindruck haben, dass sich sehr große Teile der deutschen Bevölkerung mit den Opfern dieses Krieges solidarisierten, eine verständliche und empathische Reaktion. Mit dem Voranschreiten der Ereignisse nahm diese Solidarität jedoch eine eigentümliche Gestalt an. Eine Solidarisierung mit den gegenwärtigen und den noch zu erwartenden Opfern des Krieges – also den Menschen, die den Krieg erleiden müssen – würde schließlich andere Konsequenzen fordern, als die Politiker sie bisher – vom deutschem Boden aus – praktizierten und die ein großer Teil der Bevölkerung verlangt.

In welche Gestalt sich jener Gedanke der Solidarität vielfach transformierte, soll nachfolgend an ein paar Beispielen illustriert werden.

Im Krieg mit Russland und treu zur Ukraine?

Am 24. Januar 2023 fiel die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock mit ihrer Aussage vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg auf, in der sie sagte: „(...) wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander“ (1). Dies führte zu einem schnellen Medienecho und allzu bald ordneten diverse Mainstream-Medien diesen Satz der Außenministerin zumindest augenscheinlich wohlwollend ein.

Hierbei vergaßen einige Mainstream-Medien auch nicht, der Kritik an jener — tatsächlich bemerkenswerten — Aussage auch den Stempel einer rechten Gesinnung aufzudrücken, so zum Beispiel das ZDF am 26. Januar 2023 (2) oder EuroNews am 30. Januar 2023 (3)). Seitens der Presse ungewürdigt blieben allerdings zwei vermeintlich wichtigere Fragen. Zum einen: Welche innere Haltung der Außenministerin kommt in diesem Satz zum Ausdruck? Zum anderen: Warum hat ein Großteil der Bevölkerung augenscheinlich mit einer allerhöchstens mäßigen Verunsicherung auf diese Aussage reagiert? Eine Empörung, wie sonst bei deutlich profaneren Ereignissen, blieb augenscheinlich aus. Wie ist dieses aber zu erklären? Könnte es sein, dass sich das Bild einer deutsch-russischen Feindschaft schon längst als inneres Paradigma in den Köpfen vieler Menschen eingebrannt hat?

Zu diesem Eindruck könnte man kommen, wenn man beachtet, wie oft und wie laut diejenigen, die sich für die Aufnahme von Friedensverhandlungen aussprechen als Fantasten, Putin-Trolle, Sockenpuppen oder Lumpen-Pazifisten beschimpft werden.

Verfolgt man den deutschen Mainstream-Diskurs, so könnte man den Eindruck haben, dass hier das Wohl des Staates Ukraine über das seiner Einwohner gestellt

wird, die jeden Tag des Krieges in Angst verbringen müssen.

Dieses drückt sich zum Beispiel in der Vielzahl der Parolen aus, in denen Akteure des öffentlichen Diskurses proklamieren, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen müsse – wie weit diese Ambition überhaupt mit der militärischen Realität vereinbar ist, sei an dieser Stelle dahingestellt –, weshalb ihr auch Waffen zugeführt werden sollten. Diese Erzählweise führt scheinbar dahin, dass hier eine künstliche Identifikation mit der Nation Ukraine geschaffen wurde, die an die Stelle der Solidarität mit den Opfern des Krieges tritt.

Die Befürworter der deutschen Waffenlieferungen würden an dieser Stelle selbstverständlich entgegnen, dass es ihnen darum gehe, möglichst viele Leben in der Ukraine zu retten. Dieses kann jedoch bei nüchterner Betrachtung kaum durch Ausweitung oder Verlängerung der Kampfhandlungen erzielt werden. Bereits hier verfängt sich diese Argumentation also in ihrer eigenen Paradoxie.

Angriffe auf Stimmen des Friedens

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot twitterte am 4. Mai 2022: „Der ungerechteste Frieden ist besser als der gerechteste Krieg.“ (4) Hierfür wurde sie in der Folge mit einer Vielzahl in der Presse publizierter Angriffe überzogen. Am 2. Juni 2022 (5) verteidigte sie ihre Position, dass die Schaffung eines Friedensabkommens als zentrales Ziel zu sehen sei, in der TV-Sendung von Markus Lanz gegen eine quantitative Mehrheit an Diskussionsteilnehmern, Redebeiträgen und eine – zumindest dem Eindruck nach – parteiische Gesprächsmoderation.

Dieses führte zu einer weiteren Reihe medialer Angriffe. Sichtet man heute den Twitter-Account von Guérot (6), so ist

beachtenswert, welches Ausmaß an Håme und Verachtung hier manche Nutzer åußern, die augenscheinlich der Meinung sind für die Ukraine einzutreten oder dieses zumindest proklamieren. Dabei haben diese Stimmen eines gemeinsam: Sie lehnen die Forderungen Guérots nach einem Verhandlungsfrieden scheinbar nicht nur vollständig ab – sie verachten diese Haltung sogar. Scheinbar ist ein ausgehandelter Frieden für viele dieser ambitionierten Twitter-Krieger nicht das, was es berechtigterweise anzustreben gilt.

Am 14. Oktober 2022 hielt Gabriele Krone-Schmalz einen Vortrag unter dem Titel „Russland und die Ukraine“. In diesem führt sie die Vorgeschichte und die Hintergründe des aktuellen Krieges ausführlich aus. Hierbei vergaß sie nicht, explizit klarzustellen, dass sie den russischen Angriff weder befürworten noch relativieren möchte und dass dieser soweit nicht als akzeptables Vorgehen gesehen werden könne. Am Ende ihres Vortrages formuliert sie explizit die Hoffnung, dass sich eine diplomatische Lösung für den Ukraine-Konflikt finden lasse. Ähnlich wie bei Ulrike Guérôt folgte ein nicht nur kritisches, sondern teilweise regelrecht desaströses Medien-Echo, in dem einerseits ihre fachliche Expertise in Frage gestellt wurde und ihr andererseits eine politische Nähe zur Position des Kremls unterstellt wurde.

So titelte zum Beispiel T-Online am 11. November 2022:

„Aufsehererregender VHS-Vortrag. Wer ist die ‚Putin-Versteherin‘ Gabriele Krone-Schmalz?“ (7) oder die NZZ am 5. Dezember 2022: „Aufstieg und Fall einer Russlandverstherin – die ehemalige ARD-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz rechtfertigt seit Jahren Putins Politik. Zum Problem wird das erst jetzt“ (8). Diverse andere Beiträge kamen in ähnlicher Form daher.

Was sich unter anderem im Kontext der oben genannten Beispiele in breiter Öffentlichkeit und vor großem Publikum abspielt, findet im Kleinen in sozialen Medien und insbesondere –so zumindest mein Eindruck – auf der Plattform Twitter statt. Die positive Seite

dieser Plattform besteht hier unbestritten darin, dass beide Seiten eines Diskurses hier aufeinandertreffen und die inhaltliche Auseinandersetzung suchen und austragen können.

Die Schattenseite derselben Medaille besteht zugleich darin, dass sich die Befürworter einer aggressiven westlichen Ukraine-Politik hier vielfach darin ergötzen, die Befürworter einer auf Friedensverhandlungen ausgerichteten Politik und auch all jene, die das aktuelle Geschehen in einen weiter gefassten zeitlichen und geopolitischen Kontext einordnen wollen, mit Spott, Häme und teilweise regelrechten Beleidigungen zu überziehen. Hiermit ist also ein Szenario geschaffen, in dem Diskurs möglich ist, diejenigen, welche den Diskurs suchen, im Mindesten aber gewisse Anforderungen bezüglich ihrer psychischen Resilienz erfüllen müssen – zumindest, solange sie sich für Friedensverhandlungen aussprechen.

Wer hier nicht in inhaltliche Tiefen aber in die tiefe menschliche Abgründe der westlichen Zivilgesellschaft blicken möchte, suche zum Beispiel nach dem Anbieter SignMyRocket. Dieser bietet im Gegenzug zu Spenden für die ukrainische Armee den Service der individuellen Signierung eines auf der ukrainischen Seite verwendeten Sprengkörpers, zu welcher der Spender dann seinen individuellen Text vorgeben kann. Am Ende erhält er ein Foto der beschrifteten Bombe oder Rakete, mit dem er sich – wenn gewünscht – profilieren kann (9).

Dieser Service macht auch auf Twitter von sich reden und wer sich dieses ansieht, wird feststellen, dass auch Menschen aus dem deutschen Sprachraum Gefallen an jener fragwürdigen Dienstleistung finden (10). Sicherlich können diese Exzesse nicht als Schnittmenge der Befürworter einer aggressiven Russlandpolitik oder als Schnittmenge derer, die sich für eine militärische Unterstützung der Ukraine aussprechen, verstanden werden. Sie zeigen jedoch, wie weit der Abgrund mittlerweile reicht. Hierzu sei

angemerkt, dass es völlig unerheblich ist, ob SignMyRocket seinen Service tatsächlich wie beschrieben realisiert oder nicht – da es hier allein um das soziale Phänomen geht.

Jenseits jener Exzesse sei der Blick auf einen Aspekt gerichtet, der im deutschen Sprachraum aktuell Aufmerksamkeit erhält. Die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und die Politikerin Sahra Wagenknecht starteten Mitte Februar 2023 eine Petition für die Initiierung einer Friedensinitiative. Hierbei mag es der kritische Beobachter bedauern, dass diese Petition am 13. Februar 2023 erst etwas über 300.000 Unterzeichner gewonnen hat. An dieser Stelle könnte die Frage gestellt werden, ob das mediale Echo von Seiten der Mainstream-Medien Ausdruck oder Ursache einer noch zögerlichen Unterstützung ist. So weiß uns zum Beispiel die TAZ, die für sich in Anspruch nimmt, linke Positionen zu vertreten, ihre Leser mit den Worten zu unterrichten: „Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer haben ein ‚Manifest für den Frieden‘ veröffentlicht. Sie entblößen sich damit als amoralisch“ (11). Im weiteren Verlauf des vorgenannten Artikels wird die Position bezogen, dass jene Forderung nach einer progressiveren Friedenspolitik der Ukraine schade und die russische Position stärke (12).

Betrachtet man die angeführten Beispiele – deren Auflistung sich noch weiter fortführen ließe – so gewinnt man zu dem Eindruck, dass der Einsatz für Frieden zwischen Russland und der Ukraine nicht ohne negative gesellschaftliche Resonanz bleibt. Hier ist zudem anzunehmen, dass der eine oder andere Leser bereits ähnliche Erfahrungen wie der Autor im direkten sozialen Umfeld machen musste.

Mangelnde Empathie, ehrliche Wut und die Hoffnung auf ein Erwachen

Es bleibt fraglich, warum die deutsche Öffentlichkeit nicht nur der Lieferung von Waffen zustimmt – und damit zur Verlängerung des Krieges –, sondern vielmehr all jene angegriffen werden, die sich für die Erzielung eines Verhandlungsfriedens aussprechen. Diese Vorstöße verkennen schließlich die nicht zu leugnende Tatsache, dass das Leid der Menschen durch den Krieg zwingend andauert, solange der Krieg weiter besteht. Diesen Umstand scheinen viele Menschen jedoch weder auf einer kognitiven noch auf einer emotionalen Ebene hinreichend zu würdigen.

Möglicherweise sind viele der Akteure dieses Diskurses innerhalb der breiten Bevölkerung in all ihrer destruktiven Polemik tatsächlich von einer Art aufrechten Wut und einem gewissen Gerechtigkeitsgefühl getragen. Fraglich ist jedoch, wieweit dieses für jene gelten kann, die berufsbedingt zu einer tieferen Auseinandersetzung mit der Thematik veranlasst sind. Dieses mündet augenscheinlich vielfach in der Vorstellung, dass die Ukraine diesen Krieg nicht verlieren dürfe.

Hierbei greift jedoch der Fehlschluss, dass das Wohl der Nation, eines politischen Konstruktes, über das Wohl der Menschen gestellt wird und dass ein militärischer Sieg irgendeine Art von Gerechtigkeit bedeuten könnte.

Jenes innere Paradigma ist jedoch nur so lange haltbar, wie man die zwingende Korrelation zwischen Kriegsgeschehen und menschlichem Leid nicht erkennt, oder sie sowohl auf der kognitiven wie auch auf der emotionalen Ebene verdrängt. Dabei müssen wir vielmehr dieser Tatsache ins Auge sehen.

Denkt man weiter über jene Form der aufrechten Empörung nach, so scheint es zumindest naheliegend, dass diese viel mit einer maßgeblichen Verkürzung der Situation in einer polarisierten und auch vereinfachten Erzählweise zu tun hat, die mit Details sparsam umgeht, jedoch in ihrer Parteinahme großzügig ist. Dem

Nachrichten-Konsumenten wird hiermit allerdings eine vereinfachte Gut- und Böse-Erzählung zugemutet, die auf einer inhaltlichen Reduktion beruht.

Diese Gedanken führen auch zu der Fragestellung, ob die beschriebenen Phänomene allein Effekt oder möglicherweise Intention der stark polarisierten politischen Narrative sind. Obwohl diese Frage nicht einfach zu beantworten ist, lohnt es sich, darüber nachzudenken und zu viele kritische Menschen haben sicherlich bereits ihre eigenen Schlussfolgerungen gezogen.

Deutlich sicherer bleibt hingegen, dass jedes längere Nachdenken über den Ausgang des Krieges zu der Erkenntnis führt, dass es keine Gewinner geben wird – zumindest wird dies weder die Ukraine noch Russland sein!

Gewinner wird es höchstens jenseits der umkämpften Region geben, dort wo wirtschaftliche oder geopolitische Interessen im Fokus des Interesses stehen. Im Vorlauf wird für diesen Gewinn aber ein erheblicher Preis an menschlichem Blut und menschlichem Leid entrichtet worden sein. Dass im deutschen Diskurs gegenwärtig mehrheitlich eine anders gerichtete Erzählung vorherrscht, sollte an den genannten Beispielen aufgezeigt werden.

Möge die deutsche Öffentlichkeit diese Tatsachen alsbald erkennen und zu einem wahrhaft empathischen Zugang zurückfinden. Und mögen sich all jene, die längst in Kenntnis jener Dissonanz sind und wider besseren Wissens ihre kriegstreiberische Erzählung fortsetzen, eines Tages für ihr Handeln verantworten müssen.

(1) Zit. n. Berliner Zeitung vom 26. Januar 2023:

<https://www.berliner-zeitung.de/news/ukraine-krieg-aussenministerin-annalena-baerbock-we-are-fighting-a-war-against-russia-li.310974> (<https://www.berliner-zeitung.de/news/ukraine-krieg-aussenministerin-annalena-baerbock-we-are-fighting-a-war-against-russia-li.310974>)

(2) **<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/annalena-baerbock-kriegserklaerung-ukraine-krieg-russland-100.html>**
(<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/annalena-baerbock-kriegserklaerung-ukraine-krieg-russland-100.html>)

(3) **<https://de.euronews.com/2023/01/27/widerspruch-zu-baerbock-satz-zu-russland-nato-und-deutschland-sind-nicht-kriegspartei>**
(<https://de.euronews.com/2023/01/27/widerspruch-zu-baerbock-satz-zu-russland-nato-und-deutschland-sind-nicht-kriegspartei>)

(4)
<https://twitter.com/ulrikeguerot/status/1521842776635236353>
(<https://twitter.com/ulrikeguerot/status/1521842776635236353>)

(5) **<https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-2-juni-2022-100.html>**
(<https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-2-juni-2022-100.html>)

(6) **<https://twitter.com/ulrikeguerot>**
(<https://twitter.com/ulrikeguerot>)

(7) **https://www.t-online.de/region/koeln/id_100077606/gabriele-krone-schmalz-das-ist-ueber-die-umstrittene-putin-versteherin-bekannt.html**
(https://www.t-online.de/region/koeln/id_100077606/gabriele-krone-schmalz-das-ist-ueber-die-umstrittene-putin-versteherin-bekannt.html)

(8) **<https://www.nzz.ch/feuilleton/gabriele-krone-schmalz-aufstieg-und-fall-einer-russland-versteherin-ld.1714394>**
(<https://www.nzz.ch/feuilleton/gabriele-krone-schmalz-aufstieg-und-fall-einer-russland-versteherin-ld.1714394>)

(9) <https://signmyrocket.com/> (<https://signmyrocket.com/>)

(10) <https://twitter.com/SignMyRocket>

(<https://twitter.com/SignMyRocket>)

(11) [https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-und-](https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-und-Schwarzer/!5912492/)

[Schwarzer/!5912492/](https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-und-Schwarzer/!5912492/) ([https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-](https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-und-Schwarzer/!5912492/)
[und-Schwarzer/!5912492/](https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-und-Schwarzer/!5912492/))

(12) [https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-und-](https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-und-Schwarzer/!5912492/)

[Schwarzer/!5912492/](https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-und-Schwarzer/!5912492/) ([https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-](https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-und-Schwarzer/!5912492/)
[und-Schwarzer/!5912492/](https://taz.de/Aufruf-von-Wagenknecht-und-Schwarzer/!5912492/))

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Björn Lerch, Jahrgang 1980, ist Pflegefachkraft und seit über 20 Jahren in der Pflegebranche tätig. In seiner Freizeit beschäftigt er sich gerne mit politischen, historischen und weltanschaulichen Themen, Lyrik und seinen Katzen.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International**

(<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert.

Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.